

ihre Schüler übernehmen und sie entsprechend fördern.

Die Hochschulen müssen für sogenannte bildungsferne Schichten geöffnet werden. Wer studieren will, sollte dies tun können, ohne sich zu verschulden oder nebenbei arbeiten zu müssen. Das bedeutet, das BAföG viel stärker auszubauen als es derzeit geplant ist und dafür zu sorgen, dass mehr Studierende davon profitieren. Die Hochschulen müssen sich überlegen, wie sie Leute anwerben, die nicht über den klassischen Weg, das Abitur, zu ihnen kommen.

Das sind keine realitätsfernen Forderungen, sondern sie entsprechen einer modernen Gesellschaft. Wenn es gelingt, das meritokratische Prinzip mit Chancengleichheit zu verbinden, profitieren alle. Das nimmt zumindest die OECD an, die beileibe keine karitativen Absichten hegt, sondern wirtschaftliche Interessen vertritt. Je höher der Bildungsstand einer Nation, desto größer das Wirtschaftswachstum, so lautet eine ihrer Grundannahmen. Eine ständische Gesellschaft kann auf Dauer nur verlieren.

Hans-Günter Rolff

Systematische Schulentwicklung in Dortmund

Die seit 2000 bestehende Dortmunder Bildungskommission war und ist ein Pilotprojekt. Die wichtigste Intention bei Ihrer Gründung bestand darin, die zentrale Rolle der Bildung für die Stadtentwicklung zivilgesellschaftlich zu fördern und sichtbar zu machen. Nun wurde die Arbeit von einem unabhängigen Gremium überprüft.

Die Dortmunder Bildungskommission besteht seit fast 10 Jahren und hat in dieser Zeit die Dortmunder Schulentwicklung analysiert, reflektiert und durch ihre Empfehlungen und Veranstaltungen wesentlich mit gestaltet. Dortmund war die erste Stadt, die eine solche Kommission eingesetzt hat – und ist bis heute fast die einzige Stadt geblieben. Nachdem der Initiator der Bildungskommission, Gerhard Langemeyer, im Oktober 2009 seine Tätigkeit als Oberbürgermeister beendete, stellt sich die Frage, ob und wie es mit der Bildungskommission weitergeht.

Es gab also einige Anlässe, die Arbeit der Bildungskommission und damit auch die Dortmunder Schulentwicklung insgesamt von unabhängigen Experten überprüfen zu lassen und von Ihnen Antworten zu erbitten zu den Fragen: Was war erfolgreich und was nicht? Was hat sich bewährt und soll erhalten bleiben? Was hat sich



Hans-Günter Rolff

(* 1939) Prof. em. am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund.

rolff@ifs.tu-dortmund.de

nicht bewährt? Was kann verbessert werden? Wie ist das Dortmunder Pilotvorhaben in die deutsche und in die internationale Szene einzuordnen?

Die Dortmunder Bildungskommission wurde im Jahre 2000 einberufen. Sie umfasste knapp 20 für Dortmund repräsentative Persönlichkeiten. Das erste Arbeitsprogramm beinhaltete sechs Entwicklungsschwerpunkte unter der Prämisse »Verzahnung von Schule- und Stadtentwicklung«: Neue Medien und Technologien; Internationalisierung; Schule als Stadtteilzentrum;

Stärkung der Selbstständigkeit von Schule; Kooperation Schule, Wirtschaft, Institutionen und Magnetschulen/ Centers of Excellence.

Das vorrangige Ziel ist es, Interessenspartner für die Schulentwicklung in der Region zu gewinnen, um im Dialog die Bildungsindikatoren der Stadt kontinuierlich zu überprüfen, Schul- und Stadtentwicklung zu verzahnen, Ziele im Sinne eines neu entstandenen »Leitbildes für die Schulstadt Dortmund« zu formulieren und innovative Projekte anzustoßen.

Wichtige strategische Arbeitsschwerpunkte der Dortmunder Bildungskommission sind die Optimierung des Übergangs Schule-Beruf, die Verbesserung der Bildungschancen durch Ganztagsbetreuung, selbstständige Schule und Bildungsberichterstattung und die Durchführung von regionalen Bildungsforen zu aktuellen Schulentwicklungsthemen.

Gleichzeitig wurde damals ein Schulentwicklungsfonds in Höhe von DM 500.000 aufgelegt und vom Schulausschuss des Rates beschlossen. Der Fonds, der bis heute fortbesteht, konnte von Schulen zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten genutzt werden, die sie auch evaluieren mussten. Er war von der Bildungskommission sehr breit angelegt, um möglichst viele Schulen anzusprechen, wurde im Laufe der Jahre aber immer mehr auf Unterrichtsentwicklungen und Vernetzungen fokussiert. 71 % aller Dortmunder Schulen haben sich bisher beteiligt. 2002 wurden von der Bildungskommission zwei Leitbildforen zur Entwicklung eines Leitbildes »Schulstadt Dortmund« im dialogischen Verfahren mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Schulen, politischen Fraktionen, Schulaufsicht, Schulverwaltung, Bildungskommission, Universität, Wirtschaft, Verbänden, Kirchen und Bürgerschaft durchgeführt.

Zudem wurden von der Bildungskommission 11 Bildungsforen mit prominenten Rednern realisiert, eine (staatliche)

Internationale Schule ins Leben gerufen, ein Beirat und ein Konzept des »Regionalen Übergangsmanagements« von der Schule in den Beruf bzw. die Hochschule etabliert und ein »Regionaler Bildungsbericht« erstellt.

Bilanz

Die Auditoren kommen in ihrem Bericht zu folgender Gesamteinschätzung:

Alle Gesprächspartner betonten, dass die Unabhängigkeit der Bildungskommission und die Teilnahme des Oberbürgermeisters ein wesentlicher Vorteil der Dortmunder Bildungskommission sei. Durch die Arbeit der Bildungskommission, so betonen insbesondere die Schulleitungen, sei der Stellenwert der Bildung im gesellschaftlichen Bewusstsein in Dortmund gestärkt worden. Die Leitbildorientierung sei in der pragmatischen Umsetzung der Handlungsziele immanent gewesen. Die Bedeutung der Verknüpfung von Schul- und Stadtentwicklung wurde hervorgehoben, Bildung werde als Schlüssel zur Lösung der sozialen Problemlagen verstanden. Insofern sei eine noch stärkere Verknüpfung des Bildungsberichts mit der Sozialberichterstattung in den Blick zu nehmen. Seitens des Landes wurde die Vorreiterrolle Dortmunds bei der Bildung von kommunalen Bildungslandschaften gewürdigt. Eine noch stärkere Präsenz der Schulaufsicht für alle Schulformen auf örtlicher Ebene wäre aus kommunaler Sicht wünschenswert. Die Arbeit der Bildungskommission habe zu einer klaren Schwerpunktsetzung und zur Leitbildorientierung beigetragen und den Schulen mehr Handlungsspielräume eröffnet. Alle Gesprächspartner sprachen sich für eine Fortsetzung der Arbeit der Bildungskommission aus und regten eine noch stärkere Zusammenarbeit mit den Hochschulen, der Wirtschaft und den für die Lehrerbildung zuständigen Bereichen an.

Empfehlungen

Die Auditoren sprechen – auf der Grundlage ihrer Einsichten – die folgenden Empfehlungen bezüglich der Zukunft der Dortmunder Bildungskommission aus:

Den Fortbestand der Bildungskommission sichern: Dabei muss gewährleistet bleiben, dass die Kommission einerseits unabhängig von den politischen Akteuren in Stadt und Land arbeiten kann, andererseits aber – nicht zuletzt durch ihre Zusammenarbeit mit der Verwaltung und durch ihre Beratung des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin – in die aktuelle Schul- und Bildungsentwicklung in Dortmund einbezogen bleibt.

Die wesentliche Intention der Gründung der Dortmunder Bildungskommission bestand darin, die zentrale Rolle der Bildung für die Stadtentwicklung zivilgesellschaftlich zu beraten und sichtbar zu machen. Dieser Zusammenhang von Bildung und Stadt sollte innerhalb der Verwaltung und in die Bürgerschaft hinein deutlich und mit klaren Optionen für die Zukunft artikuliert werden. Wenn diese Zielsetzung auch künftig fortbestehen soll, muss die Dortmunder Bildungskommission in ihrer originären Funktion als ein ausschließlich vom Oberbürgermeister zur persönlichen Beratung berufenes Gremium fortbestehen; weiterhin, unabhängig von politischen Einflussnahmen mit Vertretern aus Wissenschaft und Forschung, Lehrerbildung, Wirtschaft, Kultur und Stadtentwicklung besetzt sein und als eigenständiges Gremium außerhalb des Regelwerks über die Weiterentwicklung des Bildungsnetzwerkes mit einem eigenständigen Beratungsauftrag versehen werden.

Erweiterter Beratungsauftrag: Während das im Kooperationsvertrag mit dem Land definierte Bildungsnetzwerk in erster Linie auf schulische Bildung bezogen ist, sollte die unabhängige Bildungskommission ihr Beratungsspektrum unter dem Aspekt »Bildung ist mehr als Schule« erweitern.

Die Themen der Bildungskommission würden sich zukünftig an den Statuspassagen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Lebenslauf orientieren: von der Betreuung der Kinder unter 3 Jahren über den Besuch der Kindertagesstätte und der Grundschule hin zur weiterführenden Schule und zum Übergang in den Beruf bzw. in ein Studium bis hin zum lebenslangen Lernen im Rahmen von Fort- und Weiterbildung. Zum anderen könnte die Bildungskonferenz die Zusammenhänge zwischen Bildung und Demografie, Migration, Sozial- und Stadtentwicklung sowie die Aspekte der kulturellen, sportlichen und sozialen Bildung in den Blick nehmen und dem Beratungsauftrag einen ganzheitlichen Bildungsbegriff zu Grunde legen.

Erhalt und Erweiterung der Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Bildungspolitikberatung: Die fachliche Unterstüt-

zung der Bildungskommission durch die Schulverwaltung, insbesondere durch das Bildungsbüro, hat sich bewährt. Sie sollte fortgeführt werden. Alle Mitglieder der Bildungskommission wirken als »engagierte Multiplikatoren« in unterschiedlichen Bildungszusammenhängen auf kommunaler und regionaler Ebene. Sie sehen sich durch die Bildungsverwaltung gut informiert und erfahren ihre Arbeit in der Bildungskommission auch als eigenen Kompetenzzuwachs. Die bildungsfachliche Zusammenarbeit durch das Bildungsbüro wirkt dadurch in unterschiedliche Bereiche hinein und trägt zu einer sachlichen Fundierung auf diesen Ebenen bei.

Personelle Zusammensetzung durch Entscheidung des Oberbürgermeisters: Die Bildungskommission sollte weiterhin Bera-

tungsgremium des Oberbürgermeisters sein. Sie ergänzt die bildungspolitische Meinungsbildung, ohne der Bildungspolitik die Budget- und Strukturverantwortung abzunehmen. Entsprechend ist es konsequent, wenn die Mitglieder auch zukünftig – jeweils für die Dauer einer Ratsperiode – durch den Oberbürgermeister in die Kommission berufen werden.

Ebenso ist es zu empfehlen, die Lehrerbildung durch die Berufung eines Mitglieds aus dem Bereich der Studienseminare und der Wirtschaft durch die Berufung eines Mitglieds aus den Unternehmen oder den Kammern stärker als in der Vergangenheit einzubeziehen sowie Akteure der Jugend- und Familienbildung, der kulturellen Bildung und der Weiterbildung zu beteiligen.

Herbert Bruhn

Zehn Jahre Bologna-Prozess I

Kundenorientierung im Wissenschaftsbetrieb

Internationalisierung und Vergleichbarkeit, die Studierenden als Kunden, die Universität als Dienstleistungsbetrieb – das sind Ziele der jetzt seit zehn Jahren andauernden Diskussion. Eine Reform, die lange überfällig war. Optimal ist sie aber noch nicht.

Herbert Bruhn

(* 1948) ist Professor für Musik und ihre Didaktik an der Universität Flensburg.

bruhn@uni-flensburg.de



werden sollte – es ging um die Universität. Es sollte auch nichts reformiert werden: Es sollte *geregelt* werden. Wir blicken also zurück auf zehn Jahre Neuregelung des Universitätsbetriebs.

Die Universitäten wurden einmal von den Herrschenden begründet, um die Ausbildung von Juristen, Medizinerinnen und Lehrern abzusichern. Ausbildung war das Ziel, nicht Bildung, denn die Studierenden waren die Ware, die die Universität möglichst gut ausgebildet an die staatlichen Institutionen Gericht, Krankenhaus und Schule abliefern sollten. Die Kunden waren die Herrschenden. Da die Herrschen-

So sahen es viele, im Prinzip sehe ich es auch so – eine Reform ist nötig gewesen. Ich stelle jedoch fest, dass manches anders gelaufen ist, als man es sich gerne vorgestellt hätte. Es wurde schnell deutlich, dass es nicht um die Bildung geht, die reformiert